



*Peter Gauweiler  
Der Münchner CSU-Bundestags-  
abgeordnete schreibt über die  
Lehren aus der Eurokrise*

### *Liebe Abendzeitung!*

Jetzt schreiben alle, dass Deutschland mit Geld, das es nicht hat, für den irischen Staat bürgen soll. Damit dieser weiter Schulden machen kann. Gleichzeitig kauft die EU-Notenbank staatliche Schuldpapiere auf und finanziert damit die Staatsdefizite dieser Länder. Dahinter steckt die Idee, Wirtschaft dadurch am Laufen zu halten, indem Finanzinstituten auch in Zukunft praktisch unbeschränkt „billiges Geld“ zur Verfügung gestellt wird.

Aber man muss für alles bezahlen! Das haben uns schon unsere Eltern und Großeltern beigebracht. Der Schweizer Wirtschaftsdachverband Economiesuisse hat das jetzt so ausgedrückt: Es gibt „no free lunch“. Dass man sich nicht dauernd zum Mittagessen einladen lassen kann, will die EU nicht begreifen. Sie überschätzt ihre Möglichkeiten und reden vom „drohenden Chaos“, das sie mit immer mehr Krediten verhindern würde. Sie vergisst, dass Inflationspolitik ein Gift ist, das Stabilität, Sicherheit und Vertrauen zerstört.

Die Europäische Union braucht eine Insolvenzordnung! Aus der Pleite kommen die EU-Staaten nur durch eine Mischung von gerechtem Gläubigerverzicht und wirtschaftlicher Sanierung durch Anstrengung und politischer Fantasie. Nicht durch neue Schulden und durch Gelddrucken. Also: Ohne Insolvenzordnung kein Rettungsschirm.